

„Endlich“, dachten viele Amerikaner, als der deutsche Wahlkampf am 22. September 2002 zu Ende ging. Bis zum Wahlabend, dafür brachten die Amerikaner viel Verständnis auf, wussten Schröder und seine Mitstreiter die Massen zu befriedigen. Die Stiefelei durch die Flut, Ideen für Arbeitsmarktreformen auf die letzte Minute und natürlich Anti-Kriegs-Treiberei: Während der gesamten Wahlkampfzeit ließen die amerikanischen Medien ihr Publikum nicht im Zweifel, dass die zukünftige Regierung, egal welche, die deutsche Kriegsgegnerschaft sofort für null und nichtig erklären würde. Die Realität belehrte Amerika eines Besseren.

Seit Ende des Krieges taucht Deutschland kaum noch in der amerikanischen Presse auf – nicht einmal durch „German-bashing“. Von Frankreich hätte niemand etwas anderes als Widerstand erwartet. In die amerikanisch-französischen Beziehungen brachte Chiracs „Nein“ zum Krieg im Irak frischen Wind. Jedes amerikanische Kind weiß die Pariser Allianzpartner zu verballhornen – und umgekehrt. Über Deutschland amüsiert sich nicht einmal mehr die reißerische Regenbogenpresse.

Amerikaner mögen die Deutschen, oder „Krauts“, wie sie auch hier genannt werden. Eigentlich. Und deshalb sahen Medien und Politik die deutsche Haltung zum Irak-Krieg auch als wenig relevant, ja beinahe schon amüsan an.

Die deutsche Loyalität stellten nur wenige infrage. Die Öffentlichkeit hielt es

mit dem O'Reilly-Faktor. Bill O'Reilly, polemischer „Falke“ und Publikums-magnet beim Privatfernsehsender Fox News, fragte den deutschen Botschafter Wolfgang Ischinger vor der Bundestagswahl, was es mit der deutschen Haltung auf sich habe: „Wir haben euch nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Patsche geholfen. Wir haben euer Land mit meinem Geld, dem Geld meines Vaters und meines Großvaters wieder aufgebaut. Und wie Sie wissen, haben wir euch während des Kalten Krieges vor den Russen beschützt. Jetzt sagen wir, lasst uns Saddam loswerden, er ist eine Bedrohung für die ganze Welt, und ihr sagt Nein. Was soll denn das?“

Einen Monat später belehrte Richard Nixons ehemaliger Redenschreiber William Safire seine Leser auf der Meinungsseite der *New York Times*. Auf Rudolf Scharpings unglaublichen Verdacht, dass der Krieg im Irak ein Freundschaftsdienst für die „mächtige jüdische Lobby“ in Amerika sei, wusste Safire zu kontern: Nur wenige Amerikaner seien sich der Gefahr bewusst, die von den deutschen Verlagen, namentlich Bertelsmann und Holtzbrinck, in den USA ausgehe. „Sie können darauf wetten“, schrieb Safire, „dass ein deutscher Konzern Saddam Husseins ‚Mein Kampf mit den Inspektionen‘ verlegen wird.“

Einflussreiche gemäßigte Worte kamen von Ivo Daalder, dem Außenpolitikexperten der Brookings Institution, und Steven Erlanger vom Berliner Büro der *New York Times*. Doch ähnlich wie in der Poli-

tikerreichen diplomatische Zwischentöne in Auseinandersetzungen nicht die Lautstärke ihrer polemischen Pendants.

Erlanger and Daalder hätten ihren Kollegen O'Reilly und Safire die deutsche Position erklären können. In einem Interview mit dem angesehenen öffentlichen Radiosender NPR sagte Erlanger: „Aus Gründen der Geschichte hat Deutschland eine besondere Allergie gegen Krieg.“ Die Deutschen seien sich ihrer Geschichte eben sehr bewusst, weshalb „nur Frieden vom deutschen Territorium ausgehen solle“. Die deutsche Devise laute „Frieden qua Frieden“, besonders wenn die Grünen mit an der Macht seien. In der *Washington Post* stellte sich Daalder grundsätzlich gegen die wahlkampfgeübten Vermutungen zur deutschen Haltung. „Die Meinungsverschiedenheiten in der Irak-Frage sind real“, schrieb er und stellte dann die eigentliche Frage: „Warum glaubt Schröder, dass es ihm politisch hilft, sich gegen Bush zu stellen?“ Einerseits, das sei offensichtlich, könne er pazifistische Wähler zufrieden stellen. Andererseits habe die Politik der Bush-Regierung seit ihrem Amtsantritt dazu geführt, dass Politiker glauben, eine Amerika-kritische Haltung zahle sich politisch aus.

Über den Dissens hinweg

Natürlich, Anti-Kriegs-Gefühle sind nicht neu in Deutschland. Nach dem Albtraum des Zweiten Weltkrieges hat sich das Land unzweifelhaft selbst pazifiziert. Ostdeutsche wurden unterrichtet in „Völkerfreundschaft“ und „Bruderliebe“; ihre westdeutschen Landsleute durften für den Frieden überall in der Welt demonstrieren. Vielleicht haben die Deutschen die menschliche Fähigkeit, Kriege zu führen, verlernt. Vielleicht ist Deutschland wirklich so einfältig zu glauben, dass das „Ende der Geschichte“ gekommen sei, wie Francis Fukuyama sich in einer Diskussionsrunde zu den deutsch-amerikanischen Be-

ziehungen amüsiert fragte. Aber auch Amerikaner sind nicht bellikös per se.

Nach der Bundestagswahl kam die amerikanische Medienlandschaft zu der Erkenntnis, dass die Deutschen nicht still sein und später zahlen würden. Die erste Kommentatorenliga nahm sich noch einmal kurz der „deutschen Frage“ an; doch ernst gemeinte Drohungen richtete(n) sich ausschließlich gegen Frankreich. Die Gesetzesmacher holen wieder einmal Ideen für Protektionsmaßnahmen gegen französischen Wein aus ihren Schubladen. Für Deutschland hingegen ist ihnen bisher nichts eingefallen. Der Grund liegt auf der Hand: Weder dem (außen-)politischen Establishment noch der Bevölkerung Amerikas ist an einer Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland gelegen. In Washington sind Veranstaltungen der Denkfabriken zu den französisch-amerikanischen Beziehungen rar wie eh und je. Wie Deutschland und Amerika ihre Unstimmigkeiten am schnellsten und vernünftigsten beilegen könnten, diskutieren Fachleute und Interessierte fast wöchentlich. Die meisten Fachleute sehen die Bush-Regierung unter Zugzwang. Erst kürzlich wieder bei einer wichtigen Veranstaltung zum „transatlantischen Dissens“ lautete der Tenor der Denkfabriken von Falken und Tauben gleichermaßen: Es sei nun wirklich an der Zeit, dass Bush zum Telefonhörer greife, um sich in Berlin nach dem Befinden zu erkundigen. Deutsche Politiker wie Angela Merkel, Friedrich Merz und Kurt Biedenkopf, die zur Schadensbehebung in die USA gereist sind, werden mit offenen Armen empfangen. Niemand hat ihnen bisher eine Pro-Kriegs-Haltung abverlangt. Grundsätzlich hat Amerika Verständnis für die pazifistische deutsche Öffentlichkeit und ihre Regierung. Und eines hatte Schröder schließlich nicht in seine Anti-Kriegs-Strategie einkalkuliert: Niemand hat Deutschland als Kampfpartner eingeladen.